Fürstenfeldbruck im Jahre 1935

Vom Markt zur Stadt

Von Dr. Klaus Wollenberg

»Im April 1933 wurden aufgrund eines vom Reichstag verabschiedeten Gleichschaltungsgesetzes die Mandate in den Landtagen und in den Gemeinderäten auf das Gesamtergebnis der Reichstagswahl vom 5. 3. 1933 umgerechnet. Dies ergab im Fürstenfeldbrucker Gemeinderat für die bis dahin nicht vertretenen Nationalsozialisten 6 Sitze, für die Bayerische Volkspartei ebenfalls 6, für die formal noch legalen Sozialdemokraten 2 Sitze und für den "Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot" einen Sitz. Dann mußte ein neuer Bürgermeister gewählt werden. Für die Nationalsozialisten schlug deren Sprecher den Kaufmann Adolf Schorer vor und erklärte . . . , man soll diesen lieber gleich wählen, denn jede andere Wahl würde von der Regierung doch nicht genehmigt und man könne sich so die weitere Prozedur sparen. Trotzdem schlug Ökonomierat Weiß erneut den seit 1930 amtierenden Bürgermeister Anton Uhl (BVP) vor . . . Von den 14 abgegebenen Stimmen – der Sozialdemokrat Epp . . . war der Sitzung ferngeblieben - entfielen auf Schorer 7 und auf Uhl 6 Stimmen. Der anwesende Sozialdemokrat Neumeier gab . . . einen leeren Stimmzettel ab. Der zweite Wahlgang, in dem die einfache Mehrheit genügte, erbrachte das gleiche Ergebnis . . .« (aus der Festschrift zum 75jährigen Jubiläum des Ortsvereines der Fürstenfeldbrucker SPD im Jahre 1977). Damit war das NSDAP-Parteimitglied Adolf Schorer zum neuen Bürgermeister Fürstenfeldbrucks »gewählt«.

Schon während des Monats März, so der Brucker Stadtchronist Josef Reiss¹, »hißten SA-Männer auf dem alten Rathaus und dem Bezirksamt (= Vorgänger des heutigen Landratsamtes) die Hakenkreuzflagge. Am 9. April 1933 versammelte sich in Fürstenfeldbruck die SA zu einer großen vaterländischen Feier, an sie schloß sich die Vereidigung der SA und ein Volks- und Kellerfest im Martha-

bräukeller an«.

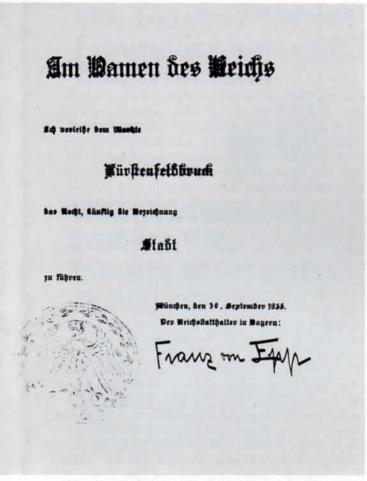
Eine neue Gemeindeordnung trat offiziell erst am 1. Oktober 1935 in Kraft. »Durch diese Gemeindeordnung gab es keine weitere Zersplitterung in 30 Gemeindeordnungen mehr, es besteht nur eine im ganzen Deutschen Reich - die Deutsche Gemeindeordnung« schrieb der stark vom Nationalsozialismus inspirierte Ortschronist und Oberrealienlehrer Kraus² im Jahre 1935. Bevor er die neue Gemeindeordnung näher erklärte, bewertete er diese noch weiter mit den Worten, »der Grundsatz des Führerprinzips kommt darin klar zum Ausdruck und wurde zum obersten Grundsatz gemacht, der Bürgermeister trägt die gesamte Verantwortung. Die Partei hat mitzubestimmen bei der Berufung des Bürgermeisters und ausschließlich bei der Berufung der Gemeinderäte«. Die neue Ordnung der Gemeinden sah Beigeordnete als Stellvertreter des Bürgermeisters, Ratsherren sowie ehrenamtliche Beiräte für verschiedene gemeindliche Aufgabenfelder vor.

Die Brucker Bürger Michael Härtl, Lorenz Mark und Otto Mang wurden Beigeordnete. Als Ratsherren wurden von der NSDAP Heinrich Böck, Wilhelm Donaubauer, Hans Erzberger, Johann Heitmeyer, Joseph Holterhoff, Johann Wolkersdorfer, Johann Wunderl und Joseph Unger ernannt. Ehrenamtliche Beiräte für Verwaltungs-, Kultur-, Finanz- und Baufragen der bereits oben erwähnte Gotthard Kraus sowie Kaspar Hofmeier und Ludwig Bronner. Für Angelegenheiten der gemeindlichen Werke (Stadtwerke) und Betriebe zuständig waren Joseph Neumayr, Karl Daus und Karl Mayr. Für Fragen der Wohlfahrt schließlich zeichneten Dr. Franz Lederer sen., Georg Thurner sowie Andreas Maier verantwortlich. Die offizielle Vereidigung der neuen Beigeordneten, Ratsherren und Beiräte erfolgte am 1. Oktober 1936 durch Bürgermeister Schorer in Anwesenheit des NSDAP-Kreisleiters Emmer.



Fürstenfeldbruck, Adolf-Hitler-Platz im Jahre 1935, Blick auf das alte Rathaus, die Leonhardikirche und das neue Rathaus (heute Kreis- und Stadtsparkasse).

Foto: Ottmar Zieher, München



Urkunde zur Stadterhebung, Das Original ist verschollen. Ein vom Statthalter nicht unterzeichnetes Entwurfsexemplar des Dokuments im Format 2mal DIN A 4 (aufgeklappt) findet sich im Bestand Reichsstatthalter Epp Nr. 30/11 im Bayerischen Hauptstaatsarchiv. Obige Abbildung stammt aus Fürstenfeldbrucker Wochenblatt v. 4./5. 7. 1936, Nr. 153 (Festnummer zur Stadterhebungsfeier).

Aber schon seit Anfang Mai 1933 hat die NSDAP die Kommunalpolitik im Markt und Bezirk Fürstenfeldbruck allein »in ihre Hände genommen«. Deshalb muß der Beschluß des Marktgemeinderates vom 5. März 1935: »Verleihung der Bezeichnung Stadt – die Marktgemeinde unterbreitet dem Staatsministerium des Innern die geziemende Bitte, es wolle ihr die Bezeichnung Stadt verliehen werden«, gleichermaßen unter dem Zwang der NSDAP gesehen werden, praktische Erfolge ihrer Politik vorzeigen zu können und der realen Situation Fürstenfeldbrucks, das schon längst nicht mehr der ländlich strukturierte Markt des 18. und 19. Jahrhunderts war.

Unterschrieben vom Bürgermeister und dem ersten Stellvertreter Härtl sowie allen Gemeinderäten (so lautete ihre Bezeichnung nach der alten Bayerischen Gemeinderordnung vom 17. 10. 1927) wurde dieser Beschluß des Fürstenfeldbrucker Gemeinderates am 8. März 1935 über das am Ort befindliche Bezirksamt zusammen mit einem 3½ Seiten umfassenden Begleitschreiben an das Staatsministerium des Innern in München geleitet.

Bürgermeister Schorer nannte in diesem Begründungsschreiben des »Stadterhebungswunsches« all die Gründe, die nach seiner und des Gemeinderats Auffassung für die Verleihung der Stadtrechte an Fürstenfeldbruck sprächen.

»Bereits am 13, 7, 1813 habe der Ort Fürstenfeldbruck durch einen königlichen Entschließungsbescheid die Berechtigung zur Führung eines eigenen Wappens erhalten«, heißt es in dem Begründungsschreiben. Dann kam der Bezug zur Gegenwart des Jahres 1935: »Eine bestehende Kanalisation, das Amperbad, dessen Wasser Heilkraft nachgesagt wird, die elektrische Versorgung des Stadtgebietes ist durch mehrere Kraftwerke am Ort selbst gesichert; seit 1911 besteht ein städtisches Schlachthaus mit Kühlanlage; es gibt am Ort ein Krankenhaus mit 100 Betten und einem hauptamtlich angestellten Chirurgen als Arzt; ein Bürgerheim bietet Unterkunft für 20 Leute; 40 Sozialrentner und sonstige Arme können im neuerbauten Josefstift untergebracht werden. Auch an Schulen hat Fürstenfeldbruck einiges aufzuweisen: Zwei achtklassige Volksschulen bestehen am Ort ebenso wie zwei Berufsfortbildungsschulen mit hauptamtlichen Lehrkräften, eine gut besuchte Haushaltungsschule für Mädchen, die Kreislandwirtschaftsschule für 60-80 Schüler. Die Straßen sind zum großen Teil asphaltiert; die Verwaltung des Marktes ist in einem neueren Verwaltungsgebäude (Rathaus) untergebracht; die Gemeindeflur beträgt 1221 ha; die Zahl der Einwohner beträgt knapp 6000 Personen. Am Ort sind zahlreiche Ämter ansässig, daneben gibt es vier niedergelassene Ärzte, zwei Tierärzte, drei Zahnärzte und vier Rechtsanwälte. Das stattliche Bezirksmuseum und auch die Klosterkirche seien historisch hoch interessante Sehenswürdigkeiten, die manchen Besucher nach Fürstenfeldbruck ziehen«, heißt es anschließend im bürgermeisterlichen Anschreiben. Dann setzte sich Schorer auseinander mit »der Zusammensetzung der Einwohnerschaft, mit der Sicherheit und der Sauberkeit der Gemeinde«, wobei das Innenministerium besonders auf »die 4männige Polizeistation, die Tag und Nacht besetzt ist« hingewiesen wurde. »Seit dem Kriegsende (gemeint ist 1918) sind in Bruck 200 neue Wohnhäuser erbaut worden, das gemeindeeigene Baugelände umfaßt noch rund 100 ha; durch die ringsumgebenen Wälder, die nach allen Richtungen in 15 Minuten erreichbar sind, herrscht am Ort ein gesundes Klima«. Und auch die Finanzen der Marktgemeinde bewegten sich um das Jahr 1935 in vollkommen geordneten Verhältnissen. Per 1. 1. 1935 betrug das Gemeindevermögen RM 6095446,-, die langfristigen Schulden beliefen sich auf RM 912994,80, kurzfristige Schulden bestehen keine. Der Gesamtpersonalstand zum 8. 3. 1935 beträgt 22 Beamte, 25 Angestellte, 53 Arbeiter und 27 Sonstige Arbeitskräfte« - soweit der Inhalt des Fürstenfeldbrucker Antragsschreibens an die Regierung in München.

In ihrer Ausgabe vom 8. 3. 1935 berichteten die »Münchener Neuesten Nachrichten« in einem Beitrag mit der Überschrift »Fürstenfeldbruck wird Stadt« von dem Ansuchen der Marktgemeinde und kamen zum Ergebnis, daß »es wohl in der Sache keine Schwierigkeiten geben werde«.

Dr. Sepp, der Leiter des Fürstenfeldbrucker Bezirksamtes, reichte das gemeindliche Antragsschreiben mit einem Begleitbrief am 12. März 1935 an die Regierung von Oberbayern weiter und vermerkte dabei, daß er »das Gesuch der Gemeinde auf Stadterhebung unter wärmster Befürwortung unterstütze«.

Die Regierung von Oberbayern ließ durch ihre Referate die Angaben Fürstenfeldbrucks prüfen und stellte eigene Nachforschungen an. Die handschriftlichen Aufzeichnungen der Regierungsreferate vom 23. 3., 2. 4., 5. und 6. 4. 1935, die dem Stadterhebungsakt im Hauptstaatsarchiv noch beiliegen, zeigen deutlich, daß die Angelegenheit nicht nur pro forma geprüft wurde, sondern strenge Maßstäbe angelegt wurden, was in Fürstenfeldbruck bereits »städtisch« sei und was noch »an die dörfliche Vergangenheit« erinnere. Unter der Bearbeitungsnummer 8140/6 erstellte die Regierung von Oberbayern am 10. April 1935 einen Schriftsatz an das Staatsministerium des Innern. Darin wurde festgestellt, nachdem die einzelnen Regierungsreferate den Stadterhebungswunsch durchweg befürworteten und auch das Fürstenfeldbrukker Bezirksamt eine positive Empfehlung ausgesprochen habe, »daß auch die Regierung von Oberbayern dem Wunsch der Marktgemeinde zustimmen könne«.

Das Innenministerium prüfte den Antrag der Marktgemeinde sowie die eingegangenen Stellungnahmen erneut und holte weitere Informationen ein. So unterstützte der Kommunalreferent der NSDAP in der Gauleitung für München und Oberbayern in einem in Starnberg verfaßten knappen Anschreiben an die Innenbehörde am 26. Juli 1935 das Fürstenfeldbrucker Gesuch. Der Gauamtsleiter der NSDAP für Kommunalpolitik im Gau München-Oberbayern, Sudholdt, richtete am 28. August 1935 ein Schreiben ans Innenministerium, adressiert an das Staatsministerium des Innern, z. Hd. Parteigenossen Köglmaier, München, in dem ebenfalls gebeten wurde, das Brucker Gesuch zu unterstützen und positiv zu entscheiden.

Auch mit der Marktgemeinde hatte das Innenministerium selbst direkten Kontakt aufgenommen. Aus einem Brief von Bürgermeister Schorer an den Oberregierungsrat Werner in der Innenbehörde vom 30. August 1935 erfährt man von »mündlichen Aussprachen«. Mit dem Brief übersandte der Fürstenfeldbrucker Bürgermeister dem Amt »die geforderten Ansichten über Fürstenfeldbruck, woraus zu ersehen ist, daß Bruck nicht ländlichen, sondern tatsächlich städtischen Charakter trägt«. Unterschrieben mit »Heil Hitler, Schorer, 1. Bürgermeister« endet das Schreiben. Die fünf beigelegten Postkarten zeigten den Brucker Marktplatz in südlicher und nördlicher Richtung, die Fürstenfelder Straße von der Post aus gesehen und das neue Rathaus am Adolf-Hitler-Platz (dem früheren Marktplatz).

In einem größeren Beitrag berichtete der Völkische Beobachter am 30. August 1935 (Nr. 242) über »Die Entwicklung Fürstenfeldbrucks« und stellte darin besonders die Leistungen des NS-Bürgermeisters Schorer im Straßenbau, der Schaffung von neuen Eigenheimsiedlungen und bei der Errichtung einer Bildergalerie im Sitzungssaal des alten Rathauses heraus.

Anfang September 1935 hatte das Innenministerium seine Nachforschungen zum Stadterhebungswunsch Fürstenfeldbrucks abgeschlossen und erstellte unter dem Aktenzeichen 3011 a 12. am 11. September 1935 eine ausführliche Stellungnahme an das Büro des Reichsstatthalters in Bayern in dieser Angelegenheit. Dem Bericht lagen sämtliche genannten Anträge, Stellungnahmen und Empfehlungen als Anhang bei. Nach der Betreffnennung und der Vorgangsbeschreibung folgt die rechtliche Würdigung des Gemeindeantrags vor dem Hintergrund der Bayerischen Gemeindeordnung vom 17. Oktober 1927. Danach muß ein Ort, wenn er zur Stadt erhoben werden will, mindestens 3000 Einwohner haben. Der Aufbau und die Einrichtungen der Gemeinde müssen städtischen Charakter haben und außerdem für ein größeres Gebiet den wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt bilden. Als äußere Merkmale wurden vor allem das Vorhandensein von Staatsbehörden und höheren Lehranstalten angesehen. Die Analyse der Behörde der Marktgemeinde erbrachte, daß nach der Volkszählung von 1933 in Bruck 5944 Menschen lebten, die vorletzte Zählung hatte in der Gemeinde noch 5084 Menschen ergeben. Bei der »Schichtung der Bevölkerung« wurde festgehalten, daß sich »in den letzten Jahren die Entwicklung vom ländlichen Markt zur Stadt auch in der Bevölkerungszusammensetzung« vollzogen hat. Der dritte Untersuchungspunkt, überschrieben mit »Siedlungsform«, ergab, daß der Adolf-Hitler-Platz (frühere Hauptplatz-Marktplatz) insgesamt einen städtischen Charakter aufweise. An bedeutendsten Einrichtungen



Fürstenfeldbruck, Adolf-Hitler-Platz nach Norden um 1935. Blick vom neuen Rathaus über den Marktplatz zum Bezirksamt (heute Rathaus). Foto: Jakob Feldbauer, München



Festumzug am 5. Juli 1936 zur Stadterhebung. Links im Vordergrund der Festwagen der Marthabräu-Brauerei, dahinter das Bürgermilitär von 1808. Aufnahme auf dem Marktplatz (Adolf-Hitler-Platz) vom heutigen Rathaus in Richtung Amperbrücke.

Foto: Josef Schwalber sen.

waren vorhanden: Überlandwerk, Schlachthaus mit Kühlanlage, Hochdruckwasserleitung, Kanalisation, Krankenhaus, Bürgerheim für Inflationsgeschädigte und verarmte Bürger, die große Zahl von Behörden wie die Polizeihauptschule, das Bezirksamt, das Amtsgericht, das Finanzamt sowie das Landwirtschaftsamt.

Zusammenfassend kann nach Meinung des Innenministeriums der Antrag des Marktes Fürstenfeldbruck befürwortet werden, zumal sich insbesondere auch die Gauleitung München-Oberbayern der NSDAP im Schreiben vom 26. Juli 1935 in diesem Sinne ausgesprochen habe.

Am 14. September reichte die Innenbehörde dem Reichsstatthalter noch eine Stellungnahme des Leiters des Bayerischen Hauptstaatsarchivs (Dr. Riederer) nach. Darin kam Dr. Riederer zusammenfassend zum Ergebnis, »daß hinsichtlich des Alters des Marktes Bruck gegen den Antrag auf Erhebung zur Stadt vom geschichtlichen Standpunkte aus ein Bedenken nicht besteht«.

Ob das Büro des Reichsstatthalters seinerseits den Fürstenfeldbrucker Wunsch nochmals ausführlich überprüfte, geht aus den Unterlagen nicht hervor, ist auch eher unwahrscheinlich. Am 24. September 1935 schrieb ein Regierungsrat I. Klasse im Büro des Reichsstatthalters an den Direktor des Hauptmünzamtes München, Dr. Hugo Keller, »unter Bezugnahme auf das heutige fernmündliche Gespräch beehre ich mich anliegend den Entwurf einer Urkunde über die Verleihung der Bezeichnung Stadt an den Markt Fürstenfeldbruck als Muster für eine gedruckte Urkunde zu übersenden. Heil Hitler«. Der Reichsstatthalter hatte dem Begehren also zugestimmt. Der Staatssekretär im Innenministerium hielt in einer Aktennotiz am 30. September über den den Vollzug der DGO (Deutsche Gemeindeordnung) unter dem Aktenzeichen W 1 1/13.9 fest: »FFB zählt zur Zeit 5944 Einwohner und umfaßt ein Gebiet von 1221 ha . . . die Verleihung der Bezeichnung Stadt wird vom Staats-

ministerium des Innern und von der Gauleitung München-Oberbayern befürwortet . . . die nach Ziff. 1 Abs. 3 Buchstabe a der Ersten Ausführungsanwendung zu § 9 der DGO festgelegten Voraussetzungen scheinen somit gegeben - es handelt sich hier um Ausübung eines Hoheitsaktes. Es empfiehlt sich deshalb, die Verleihung der Bezeichnung "Stadt" nicht in einer Entschließung an das Staatsministerium des Innern [von der Fürstenfeldbruck nur einen Abdruck bekäme], sondern in einer besonderen Urkunde auszusprechen. Da eine feierliche Beurkundung vorliegt, ist dabei die Verwendung des großen Reichssiegels zulässig und angezeigt (siehe 6. Erlaß über die Dienstsiegel vom 11. 5. 1933, RGBL I. S. 261). Die Urkunde wurde vom Hauptmünzamt entgegenkommenderweise unentgeltlich gefertigt. Der Herr General [gemeint ist Reichsstatthalter Ritter von Epp] ist Ehrenbürger von Fürstenfeldbruck.«

Im Völkischen Beobachter vom 2. Oktober 1935 wurde über »Fürstenfeldbruck, die jüngste Stadt« berichtet.

Unter Angabe des Zeichens W 1 1/17.9 wurde im Amtsblatt des Innenministeriums über den Vollzug des § 9 DGO offiziell bekanntgegeben, »daß der Markt Fürstenfeldbruck zur Stadt erhoben worden ist«, Erhebungsdatum 30. 9. 1935, Veröffentlichungstag 14. 10. 1935.

Die Stadt Fürstenfeldbruck dankte über ihren Bürgermeister am 25. Oktober 1935 in einem Telegramm dem Reichsstatthalter: »Stadt Fürstenfeldbruck dankt dem Reichsstatthalter und grüßt ihren Ehrenbürger. Führung und Einwohnerschaft der jungen Stadt versichern der Auszeichnung sich würdig zu zeigen. Heil Hitler, Adolf Schorer, Bürgermeister.« Am 12. November 1935 wurde die Stadterhebungsurkunde im Rathaus durch den Leiter des Bezirksamtes, Dr. Sepp, in einer Feierstunde an den Brucker Bürgermeister übergeben.

Bemerkenswert an dem gesamten Vorgang zur Stadterhebung ist, daß die Errichtung des Fliegerhorstes in keiner der Stellungnahmen auch nur am Rande erwähnt wurde. Darauf hinzuweisen ist aus dem Grund wichtig, weil die offiziellen Verhandlungen mit den dortigen Grundstückseigentümern bereits im Dezember 1935 aufgenommen und die Flächen bereits ab Januar 1936 eingezäunt wurden. Die Planungen zur Errichtung eines Fliegerhorstes für die Luftwaffe waren aber bereits bekannt, als der Marktgemeinderat seinen »Stadterhebungsbeschluß« verabschiedete. Aus den für diese Darstellung herangezogenen Archivunterlagen kann jedenfalls ganz klar gesagt werden, daß Errichtung des Fliegerhorstes und Stadterhebung Fürstenfeldbrucks nicht miteinander in Zusammenhang gebracht werden können.

Die großen Feierlichkeiten in Fürstenfeldbruck zur Stadterhebung fanden aber erst im Jahre 1936 statt. Für Samstag, den 4. Juli 1936, lud der Brucker Bürgermeister den Reichsstatthalter für 21 Uhr zu einer Totenehrung vor dem Rathaus und Beginn des großen Lichtfestes, sowie für den 5. Juli, 10.30 Uhr, zum offiziellen Festakt vor dem Rathaus ein. Von Epp sagte allerdings ab, da er sich zu dieser Zeit bereits im Urlaub befände.

Die Münchener Neuesten Nachrichten berichteten in ihrer Ausgabe vom 6. Juli 1936 über den offiziellen Festakt und den historischen Festumzug. Anwesend waren in Vertretung des Staatsministers und Gauleiters Wagner der Stabsleiter im Innenministerium Köglmaier, der Chef der Regierung von Oberbayern Ministerialdirektor Gareis, der Generaldirektor der staatlichen Archive Bayerns Dr. Riederer, NSDAP-Kreisleiter Emmer, Ortsgruppenleiter Böck, der Vorstand des Bezirksamtes Dr. Sepp, der Kommandeur der Polizeihauptschule Oberstleutnant Dr. Lossen, der Führer der SA-Standarte 1 Standartenführer Senger aus Gauting sowie Professor Rupert von Miller. Im Völkischen Beobachter vom gleichen Tag hieß es, daß »Bürgermeister Schorer die goldene Amtskette mit dem Stadtwappen auch beim nachmittäglichen Festumzug getragen habe. Die Festredner, Ministerialdirektor Gareis, Oberamtmann Dr. Sepp und Kreisleiter Emmer wünschten der Stadt alles Gute für ihre glückliche Weiterentwicklung und dankten dem Bürgermeister Schorer für dessen umfangreiche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Parteigenosse Köglmaier überbrachte im Auftrag Wagners und des Ministerpräsidenten Siebert deren Glückwünsche. Er wies auf die wichtigsten Grundlagen der weitern Arbeit hin: »Politische Einheit und Überwindung von Klassenhaß und Ständeunterschied . . . «, notwendig sei zum weiteren Aufbau, kämpferisch zu bleiben. »Wie Hammerschläge kamen die Worte aus dem Munde des alten Kämpfers, der mit einem Gruß an den Führer schloß.«

Der Festakt wurde vom Brucker Singschulchor unter der Leitung von Ludwig Wiesmeyer umrahmt. Jeweils 30 ältere Bürger der Stadt sowie 30 Kinder wurden am 5. Juli 1936 als Gäste der Stadt im Festsaal des Bichlerbräu bewirtet.

Am Nachmittag des »sommerheißen Tages«, des 5. Juli, fand ein großer historischer Festzug in Fürstenfeldbruck statt. Die Leitung hatte der städtische Kulturbeirat, Oberrealienlehrer Kraus, inne. Insgesamt wurden 25 Themen durch jeweils einen Wagen oder eine Gruppe dargestellt: Herold, Pauker, Fanfarenbläser, Ritter Watt von Gegenpoint und Wigant von Eisenhofen, Herzog Ludwig der Strenge und der erste Abt von Fürstenfeld, Hofjagd Kaiser Ludwig des Bayern, Orlando di Lasso, aus der Geschichte der Post, der Dreißigjährige Krieg, Einzug des Kurfürsten Max Emanuel in Fürstenfeld-

bruck, historischer Festwagen der Gemeinde Kottgeisering, Anbau und Verwertung des Flachses, Isidoren-Verein Maisach, Johann Ev. Stiglmayr und dessen Neffe Ferdinand von Miller, Zünfte und Handwerk, Festwagen der Marthabräu-Brauerei, Altbrucker Bauernhochzeit, Bürgermilitär von 1808, aus dem Kriege 1870/71, der Weltkrieg, das Dritte Reich, Festwagen der jungen Stadt, die Vertreter der Stadtverwaltung, Arbeitsfront, Kraft durch Freude (KdF) und schließlich die Deutsche Reichsbundflagge, gestellt von den Sportvereinen der Stadt.

Bereits am Samstag, dem 4. Juli, hatte Bürgermeister Schorer die Kunstausstellung im alten Rathaussaal eröffnet, in der eine »vom Brucker Kunstring gestellte, zwar kleine, aber gehaltvolle Schau von Plastiken und Ölbildnissen« gezeigt wurde. Die Feier endete »mit einem 3fachen Sieg Heil auf die junge Stadt und dessen Bürgermeister«.

Die Feierlichkeiten zur Stadterhebung waren gleichzeitig mit einem Volksfest verbunden, deshalb fanden am 6. 7. (fröhlicher Festabend der Stadt im Festzelt), 8. 7. (Kindertag), 9. 7. (Großer Bauerntag) und 11. 7. (Brucker KdF-Abend im Festzelt) weitere Veranstaltungen statt. Das Jubiläumswochenende schloß am Abend des 5. Juli mit einem großen Feuerwerk auf dem Festplatz (Volksfestplatz) mit der Darstellung der Jahreszahlen und des neuen Stadtwappens, welches Fürstenfeldbruck am 4. Juli 1936 durch den Reichsstatthalter verliehen worden war. Die Stadt selbst war, insbesonders zwischen der Amperbrücke und dem heutigen Rathaus, festlich beleuchtet.

Anmerkungen:

Chronik der Stadt Fürstenfeldbruck, erstellt von Josef Reiss, geb. 9.5. 1877, gest. 1962 – entstanden um 1950.

² Chronik der Stadt Fürstenfeldbruck, erstellt von Gotthard Kraus, Oberrealienlehrer, Städtischer Beirat für Kulturfragen in Fürstenfeldbruck – entstanden zwischen 1933–43.

³ Der Stabsleiter im Innenministerium, Köglmaier, wurde später dort Staatssekretär und war SA-Gruppenführer. Im Prozeß gegen die Geschwister Scholl und Christoph Probst am 22. 2. 1943 trat er neben dem Präsidenten des Volksgerichtshofes Dr. Freisler als Vorsitzendem und drei weiteren Personen als Richter auf.



Marktplatzbeleuchtung mit Torbogen an der Amperbrücke anläßlich der Feierlichkeiten zur Stadterhebung am 4. und 5. Juli 1936.

Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München findet sich im Bestand Ein kleiner Teil dieser umfangreichen Sammlung wurde 1984 in dem Reichsstatthalter Epp unter der Nr. 300/11 (Stadterhebung Fürsten-Büchlein »Fürstenfeldbruck in alten Ansichten« von der Stadt Fürstenfeldbruck 1935) eine Mappe, die als Quellengrundlage für die vorgefeldbruck herausgegeben; vgl. die Buchbesprechung in Amperland 21 nannte Dokumentation herangezogen wurde. (1985) 76. Die Abbildungen stammen (soweit nichts anderes vermerkt) aus der Anschrift des Verfassers: Postkartensammlung von Frau Elisabeth Knape, Fürstenfeldbruck.

Dr. Klaus Wollenberg, Flurstraße 11, 8080 Fürstenfeldbruck